

ersucht täglich, mit Ausnahme...
Pränumerationspreis:
in loco:
Ganzjährig... 10 fl. — fr.
Halbjährig... 5 „ — „
Vierteljährig... 2 „ 50 „
Monatlich... 85 „

Hermannstädter Zeitung
vereinigt mit dem
Siebenbürger Boten.

Inserate
werden in der Administration
dieses Blattes (Bintengasse 9)
angenommen;
ferner bei den Annoncen-Expediti-
onen: in Budapest: Hasen-
stein & Vogler, A. V. Gold-
berger, in Wien: A. Oppel,
Hasenstein & Vogler, H. Schallek,
J. Danneberg; in Berlin,
Hamburg, Paris: Hasenstein
& Vogler; in Frankfurt a. M.:
Hasenstein & Vogler, G. L.
Daube & Co.

Infertionspreis:
Der Raum einer einpaltigen
Carombelle kostet beim ein-
maligen Einrücken 7 kr., das
zweite Mal 6 kr., das dritte Mal
5 kr. 8. B., excl. der Stempel-
gebühr à 30 kr.

Abonnements-Bureau: In Aelias bei J. Hedrich's Erben, Buchhandlung; in Aühlbach bei Herrn Josef Wagner, Kaufmann; in Klausenburg bei Herrn Johann Stein, Buchhändler; in Gikitz bei Herrn M. Haupt, Buchhändler; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidner, Buchhändler; in Ioco, Unterstadt bei Herrn Ludwig Kurovsky, Kaufmann, Schmieggasse Nr. 17, wofelbst die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 37.

Hermannstadt, Donnerstag den 14. Februar 1895.

111. Jahrgang.

Die Coalition und die Deutschliberalen Oesterreichs.

Wien, 10. Februar.

Es sind fast 1 1/2 Jahre vergangen, seitdem das österreichische Coalitions-
ministerium in's Amt getreten ist, aber bisher sind wenige der Erwartungen
erfüllt worden, die man auf die nach dem Sturze des Grafen Taaffe er-
folgte Vereinigung der drei größten Parteien Oesterreichs: der Conservativen,
der Polen und der Deutschliberalen, gesetzt hatte. Durch den Mund ihres
Minister-Präsidenten hat die neue Regierung verkündet lassen, daß sie
„Wahrheit und Offenheit“ auf ihre Fahne geschrieben und daß sie alle den
Frieden des Staates und die allgemeine Wohlfahrt stützenden Elemente im
Schutz halten wolle. Sie hat ferner eine „umfassende Wahlreform“, sowie
„eine auf der Höhe der Zeit stehende Verwaltung“ in Aussicht gestellt und
sie muß sich jetzt jeden Tag von der Opposition den Mangel einer „um-
fassenden Wahlreform und einer auf der Höhe der Zeit stehenden Ver-
waltung“, den Mangel an Wahrheit und Offenheit vorwerfen lassen. Der
Rückschritt auf die Haltung des Hohenwartclubs in seiner gegenwärtigen
Zusammensetzung und auf das Verbleiben der conservativen Partei in der
Coalition hat man es zu verdanken, daß manchen in den Interessen der
Deutschen ebenso, wie mit den Wünschen der Italiener unvereinbaren Postu-
lata der Slovaken Rechnung getragen wurde. Die Frage des Unter-
garnungs in Tirol und die Schilberfrage in Istrien sind f. B. besprochen
worden; jedenfalls hat es die Regierung hierbei an der versprochenen Wahrheit
und Offenheit fehlen lassen. Was ferner das von der Regierung gegebene
Versprechen betrifft, alle den Frieden des Staates stützenden Elemente in
Schutz zu halten, so hat sie sich ihr Versprechen gehalten, soweit ihre
Haltung gegenüber den Socialdemokraten in Betracht kommt, wenigstens
hierbei ungetrübtes Erachtens die Entfaltung von etwas weniger Energie mehr
am Plage gewesen wäre. Dagegen kann man ihr nicht den Vorwurf er-
sparen, daß sie auf die Nahrung des Hasses und Klassenhasses gerichteten
Bestrebungen nicht in dem Maße entgegengetreten ist, als es eben im
Interesse des gesellschaftlichen Friedens wünschenswert gewesen wäre. Sagen
doch in den Reihen der mit den Deutschliberalen coalirten Parteien manche
Leute, die aus ihrem antimilitarischen Herzen keine Mördergrube machen; offenbar
will es die Regierung mit diesen nicht verderben und drückt gegenüber
mancher antimilitarischen Ausschreitung ein Auge zu. Dabei muß man nur
die große „Selbstverleugnung“ und „verfälschte Haltung“ der Deutsch-
liberalen bewundern, mit der sie solche Dinge über sich ergehen lassen.

Am allerwenigsten hat die Regierung ihr Versprechen betreffs der
„umfassenden Wahlreform“ eingelöst; gegenwärtig beschäftigt sich zwar ein
Subcomité des Wahlreformauschusses mit dieser Frage, aber es läßt sich nicht
absehen, wie es diesem gelingen soll, einen Wahlgesetzentwurf zu Stande zu
bringen, der halbwegs liberalen Anschauungen genügen soll, ohne die
Vorrechte des Großgrundbesitzes zu beschränken. Die gegenwärtig noch in
Geltung befindlichen Wahlgesetze Oesterreichs datieren ein Menschenalter zurück
und sind weniger nach den Grundsätzen der Billigkeit, als nach dem Geschmach
der damals herrschenden Parteien zugeschnitten. Bei den hundert nationalen
und politischen Verhältnissen Oesterreichs galt es damals, in erster Reihe
dem Großgrundbesitz eine Vormachtstellung zu sichern und erst in zweiter
Reihe dem Handel und der Industrie und weiter der städtischen Bürgerschaft
und der ländlichen Bevölkerung eine nach damaligen Begriffen zulässige
Beteiligung zu gewähren. Einige seither vorgenommene Fälschungen an dem
Ganzen haben das Wesen und den Charakter der complicirten Wahl-
maschinerie nicht sonderlich geändert, und man begreift daher, daß die breiten
Volksschichten und namentlich der Arbeiterstand in der neueren Zeit immer
nachdrücklicher und immer lebhafter das Recht beanspruchten, sich durch das
allgemeine Wahlrecht am politischen Leben endlich auch in Oesterreich activ
zu betheiligen. So wenig wir die Schwierigkeiten, welche der Einführung
des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechtes in Oesterreich gegen-
überstehen, verkennen, so bebauern wir es auf der anderen Seite auf das
Verbalteste, daß von einer Partei, die sich liberal nennt, nicht das Geringste

versucht wird, um das colossale Uebergewicht des Großgrundbesitzes einzu-
schränken, denn nach dem neuen Wahlproject sollen nicht nur die Handels-
kammern ihre 21, die Städte ihre 118 und die Landgemeinden ihre 129,
sondern auch der Großgrundbesitz seine 85 Mandate behalten, während zu
diesen vier Curien noch mit ca. 40 Mandaten eine fünfte Curie tritt, der
der größte Theil der Arbeiterschaft angehören soll. In einer Rede, welche
der deutschliberale Abgeordnete Dr. Ruß vor seinen Wählern in Karlsbad
hielt, theilte derselbe über den gegenwärtigen Stand der Wahlreformfrage
mit, daß die Interessengruppen aufrecht erhalten werden, und daß große
Kreise der bisher nicht Wahlberechtigten zum Wahlrecht herangezogen werden
sollen, wogegen er nicht daran glaube, daß die Arbeitskammern als politische
Wahlkörper noch werden in's Leben treten können. Weitere Aufschlüsse
über die Beratungen des Subcomités des Wahlreformauschusses zu geben,
vermied der Redner, er machte aber kein Hehl daraus, daß er ebenso, wie
die Gesamtheit der deutschliberalen Partei der Einführung des allgemeinen,
gleichen und directen Wahlrechtes feindlich gegenüberstehe. Das Schicksal der
Doctrinär-Liberalen in Belgien, die sich ebenfalls der Einführung einer
liberalen Wahlreform jahrelang widersetzen und die dann so gut wie
von der Billigkeit verschunden sind, hat also die Deutschliberalen Oesterreichs
nicht darüber belehrt, wie verhängnißvoll es einer Partei, die sich liberal
nennt, werden kann, wenn sie, nur um möglichst lange sich in der Macht
zu behaupten, volkshämliche Forderungen direct ablehnt.

Herr Ruß wußte übrigens nicht genug zu rühmen, was Alles durch
die Theilnahme der Deutschliberalen an der Coalitionsregierung auf dem
Gebiete enlifer reformatorischer Thätigkeit zu Stande gekommen sei:

„Wichtige Handelsverträge, die Eisenbahnverkehrsleistungen und große
Verkehrsanlagen sind zu Stande gebracht worden, der Staatsvoranschlag
wurde mit besonderer Raschheit erledigt, die Reform der Justizgesetzgebung
und der directen Steuern machte die besten Fortschritte in der ersten Hälfte
des verflohenen Jahres. Nicht minder umfassend sind die Arbeiten des
Parlamentes in den eben abgelaufenen zwei Sessionsmonaten gewesen. Der
allgemeine Theil des Strafgesetzes wurde durchberathen; zum endlichen Ge-
lingen einer Reform des Civilprocesses ist der wichtigste Schritt durch das
Berathungsgesetz gethan. Durch das Gesetz über die Regelung der Aus-
verkäufe wurde ein lebhafter Wunsch gewerblicher Kreise erfüllt. Die geltende
Sonntagsruhe wurde im Einvernehmen aller Parteien weiter ausgestaltet,
lange Beratungen über ein Gesetz gegen die Trunkenheit fanden statt, das
lang ersehnte Localbahngesetz wurde geschaffen und gleichzeitig wurde die
Vorbereitung der Steuerreform beendigt.“

Es sind dies ja Alles zweifellos ganz gute und schöne Sachen, nichts-
bestimmender bleibt aber bestehen, daß von allen den Programmacten,
welche das Cabinet Windischgrätz bei Antritt seiner Regierung vor nunmehr
1 1/2 Jahren im Abgeordnetenhause als seine ersten und unmittelbarsten Auf-
gaben bezeichnete, kein einziger in Erfüllung gegangen oder seiner Erfüllung
merklich nahe gebracht worden ist.

In der Rede des Abg. Ruß ist es jedoch noch ein Punkt, der ganz
besondere Beachtung verdient, weil er einen an den Führer der Partei und
gegenwärtigen Finanzminister im Ministerium Windischgrätz, v. Plener,
gerichteten Wink enthält, den dieser hoffentlich nicht mißverstehen wird:

„Die derzeitige Lage zu klären, so führte Dr. Ruß zu, gebietet
uns auch das Vertrauen für unsere Männer in der Regierung. Wir Deutsche
sind nicht geneigt, uns in Dithyramben zu ergeben, selbst wenn es gilt, uns
der höchsten Verdienste zu erinnern, wie jene sind, die sich Plener um Staat
und Volk erworben hat. Solange er es mit seiner Ehre und Würde, mit
seinem Gewissen und seinen Ueberzeugungen vereinbar halten wird, einer
Regierung anzugehören, werden wir gegen dieselbe nicht feindselig auftreten
dürfen. Das hindert Niemanden von uns und auch mich nicht, hier und da
ein Malher oder Warner zu sein, denn auch politische Freundschaft gebietet
Rückhaltslosigkeit. Wir dürfen die Erwartung aussprechen, daß die pro-
grammatischen Erklärungen der Regierung entscheideneren Ausdruck finden,
als welchem wir hier und da begegnet sind.“

Mit Herrn v. Plener ist ja, seitdem er Minister geworden ist, eine
merkwürdige Wandlung vor sich gegangen; er, einst wohl der bedeutendste
Redner im Abgeordnetenhause, ergreift nur selten das Wort; österreichische
Blätter spotten, daß er anstatt politische Heldenthaten im Parlament zu spielen,
es vorzieht, Statistenrollen auf Glibbellen zu übernehmen. Er hat sich ja
auch kürzlich für das Cartell in Deutschland begeistert und demselben die
„fruchtbarste und stärkste Gesetzgebungsarbeit des deutschen Reichstags“ nach-
gerühmt. Das muß ihn uns, die wir etwas anders über das Cartell denken,
allerdings in eigenartiger Beleuchtung erscheinen lassen. Sollte die Postlust
auch auf den ehemaligen schneidigen Führer der Opposition unter dem Grafen
Taaffe ihren Einfluß ausüben? Wir haben ja ähnliche Fälle auch anderwärts
erlebt. Gleichwohl wäre es im Interesse der liberalen Sache und im In-
teresse der großen politischen Vergangenheit Pleners zu bebauern, wenn er
damit umginge, diese seine politische Vergangenheit zu verleugnen.

Politische Uebersicht.

Hermannstadt, 13. Februar.

In Serbien streiten die Blätter neuerdings darüber, welche Partei
daran schuld sei, daß Oesterreich-Ungarn Bosnien und die Herzegovina
occupirt hat. „Novosti“ schreiben nun über diesen seltsamen Zwist:
„Sobald die serbischen Blätter sich auf dieses verhängnißvolle Thema werfen,
da gibt es keinen Parbon, denn schließlich stellt es sich heraus, daß sämtliche
serbischen Parteien die gleiche Schuld trifft, daß Oesterreich-Ungarn auf Kosten
serbischer Länder an Macht zugenommen hat. Leider können oder vielmehr
wollen die Führer der serbischen Parteien nicht einsehen, daß das durch
einen unverdächtiglichen und zwecklosen Parteikampf unter-
wühlte Serbien kein vereinigt Mittel punct für die
serbischen Stämme werden kann. Und doch ist dies eine elementare
Wahrheit, die kaum wiederholt und bewiesen zu werden braucht.“

In dem bevorstehenden päpstlichen Consistorium wird der Papst
eine sehr bedeutende Ansprache halten, welche, wie es heißt, vornehmlich die
religiöse Lage in Italien zum Gegenstande haben wird. Es steht nunmehr
fest, daß in diesem Consistorium keine Cardinalernennung, sondern nur die
Präconisation von Bischöfen stattfinden wird.

Telegraphische Nachrichten aus Agera, Provinz Caserta, melden,
daß dortselbst Unruhen ausgebrochen seien. Ungefähr 1000 Personen
betheiligten sich an der Demonstration gegen die Finanzwache wegen Ein-
hebung der Accise auf Wild. Bewaffnete Ruhestörer zerklühten die Laternen-
pfeile, zerbrachen das Wachthaus und drangen in das Central-Steueramt
ein, wo sie die Casse raubten, den Vice-Steuernehmer überfielen und ihm
die Uhr und die Brieftasche wegnahmen. Die Tumultuanten steckten sofort
das Bureau in Brand, plünderten die Bibliothek an
und da sie in das Gefängniß nicht eindringen konnten, bewarfen sie die Thür
dieselben mit Steinen. Erst die Ankunft einer Truppen-Abtheilung aus
Nola machte dem Tumult ein Ende. Die Ordnung wurde vom Militär
wieder hergestellt und die gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Die Petersburger „Novosti“ schreiben: Bisher habe man dem
Kaiser Wilhelm kriegerische Absichten zugeschrieben, jedoch seitige jedes
neue Jahr seiner Regierung die Ueberzeugung, daß er den Frieden aus-
drücklich wünsche. Der Deutsche Kaiser vermeide sorgfältig jeden Anlaß zu
einem Conflict und bemühe sich, die durch den Dreibund bedingten Actionen
zu mildern. Die gesammte auswärtige Politik des Reichskanzlers Caprivi
sei eine friedliebende gewesen und ebenso sei es jene Hohenstoffs. Nachdem
die westeuropäische Presse die Frage der Erneuerung des Dreibundes auf-
gerollt habe, könne und solle man ganz objectiv davon sprechen. Der Dreibund,
meinen „Novosti“, hätte dem europäischen Frieden gefährlich werden können,
wenn er nicht einer gehörigen Gegenwirkung seitens Rußlands und Frankreichs
begegnet wäre. Nach Herstellung des gewünschten Gleichgewichtes sei jede

Feuilleton.

Ein Familiengeheimniß.

Von Adolf Streckfuß.
(3. Fortsetzung.)

„Wer den Brief gefunden hat, kann ich nicht sagen; nur daß der
Geheime Rath Freiherr von Uten das Inzerat ‚verlorener Brief‘ ver-
anlaßt und daß er die Adresse S. 117 empfangen hat.“

„Mein Souverer Schwager!“ sagte der Justizrath. „Ich dachte es fast.
Aber wie haben Sie dies entdeckt? Erzählen Sie, Wiebe, mir ist jeder
Umstand wichtig, auch der unscheinbarste.“

„Es war nicht schwer. Den Brief mit der Adresse S. 117 ließ ich
durch einen Burschen, den ich von der Straße auflos, nach der Postischen
Zeitungs-Expedition bringen. Dann ging ich selbst dorthin, gab ein kleines
Inzerat ab, und unter dem Vorwande, ich sei ein kranker, alter Mann
und müde von dem weiten Wege, wartete ich, bis die unter Chiffre S. 117
eingegangene Adresse eingefordert wurde.“

„Sie waren verkleidet?“

„Natürlich. Sie können unbesorgt sein, Herr Justizrath. Niemand,
der dem Morgen den kranken Alten gesehen hat, wird in demselben Ihren
Schreiber Wiebe erkennen.“

„Wer forderte die Adresse ein?“

„Ein Dienstmann. Ich folgte ihm bis zum Schloßplatz, dort über-
gab er sie einem jungen Mann, in welchem ich einen gewissen Labich, einen
Schreiber des Justizraths, erkannte. Ich hörte, daß Labich morgen
um elf Uhr noch einmal demselben Dienstmann nach der Expedition der
Zeitung schicken will, um weitere Adressen abzuholen.“

„Es wird eine vergebliche Mühe sein. Bitte, fahren Sie fort!“

„Ich folgte Labich, um mich zu überzeugen, ob er im Auftrage seines
Principals oder eines Anderen die Adresse abgeholt habe. Er ging nach

einer Restauration in der Klosterstraße, ich trat unmittelbar hinter ihm
in das Local. Ein Herr, den er Excellenz anredete und der ihn dafür einen
Dunkelkopf nannte, erwartete ihn. Der Herr empfing den Brief und schickte
Labich nach einer kurzen Unterhaltung fort, bald darauf ging auch der von
ihm Excellenz genannte Herr. Diefem folgte ich bis zu seiner in der
Dorotheenstraße Nr. \*\* gelegenen Wohnung und überzeugte mich, daß er
der Wirkliche Geheime Rath Freiherr von Uten war.“

„Sind Sie sicher, daß Sie von Herrn Labich nicht erkannt worden sind?“

„Ganz sicher. Er hat mich überhaupt, so viel ich weiß, nur einmal
gesehen, und würde mich schwerlich wiedererkennen, wenn er mich jetzt sähe;
in meiner Verkleidung war ich ihm ganz unkenntlich, dafür stehe ich ein.“

„Wissen Sie selbst Näheres über den jungen Mann?“

„Nicht viel. Er soll ein eifriger Bekleidungs- und Bekleidungs-
Ausgaben macht, welche seine Mittel weit übersteigen.“

„Es kommt mir viel darauf an, zu wissen, wer den verlorenen Brief
gefunden hat, vielleicht können wir dies von dem jungen Herrn Labich er-
fahren. Kaufen Sie den Burschen, Herr Wiebe, Sie mögen ihm fünf-
zwanzig Thaler und wenn es nöthig ist, noch mehr bieten.“

Ein flüchtiges Erörtern zog über die Wangen des Herrn Wiebe. Die
Falten auf der Stirn und auf den Wangen erschienen plötzlich so tief, daß
er uralt ausah. — „Ich bedauere, Herr Justizrath, diesen Auftrag kann
ich nicht übernehmen.“ — sagte er kurz und entschieden.

„Weshalb nicht, Herr Wiebe?“

„Weil ich es nicht für ehrenwerth halte, den Schreiber zu bestechen,
damit er mir die Geheimnisse seines Herrn ausplaudere. Soll ich mich über
einen solchen Gewissensscrupel fortsetzen, aber ich glaube nicht, daß mir dies
möglich sein würde, dann müßte ich vor Allem wissen, zu welchem Zwecke
dies geschehen soll.“

„Sie haben Recht, Herr Wiebe, wie immer!“ entgegnete der Justiz-
rath freundlich. „Ich hätte den Vorschlag nicht machen sollen, obgleich es
wahrhaftig recht wichtig wäre, meinem würdigen Herrn Collegen, dem
Justizrath Behrfeld, einmal in die falschen Karten zu schauen. Vielleicht
werden auch Sie anders über die Sache denken, wenn ich Sie in dieselbe

einweihe. Es handelt sich um ein Familiengeheimniß, dessen Lösung mir
sehr am Herzen liegt; aber ich habe kein Recht, Ihnen etwas Weiteres zu
sagen, ehe ich dazu von maßgebender Stelle ermächtigt werde. Nichts An-
derses macht mich zurückhaltend, ich weiß es ja, daß ich auf Ihre
Berschwörung fest bauen kann.“

„Das können Sie, Herr Justizrath. Ich wäre ja der undankbarste
Mensch der Welt, wenn ich Ihr Vertrauen mißbrauchte.“

„Sprechen Sie nicht von Dank, Herr Wiebe; was ich je für Sie
gethan, haben Sie mir längst mit Wuchergeldern zurückgezahlt; aber auf Ihre
Freundschaft rechne ich. — Ich werde Ihrer bald bedürfen. Sie sollen mir mit
Ihrem Scharfsinn und Ihrem wunderbaren Gedächtniß beistehen, das Familien-
geheimniß zu lösen. Den ersten Schritt dazu haben Sie vielleicht schon gethan, ohne
die Verhältnisse zu kennen; ehe Sie den zweiten thun, sollen Sie in die-
selben eingeweiht werden, so tief ich es selbst kann, wenn ich von meinem
Schwager die Erlaubniß dazu erhalte.“

Ran klopfte an die Zimmerthür, gleich darauf trat ein Schreiber ein
und meldete: „Der Herr Oberst von Uten fragt, ob er den Herrn Justiz-
rath auf eine Minute sprechen könnte?“

„Er ist willkommen, er kommt wie gerufen,“ rief der Justizrath
erfreut. „Gehen Sie jetzt, Herr Wiebe, lassen Sie mich mit meinem Schwager
allein, aber bleiben Sie in der Nähe. In einer Viertelstunde hoffe ich,
Ihnen den Beweis geben zu können, daß ich zu keinem Menschen auf der
Welt ein größeres Vertrauen habe, als zu Ihnen.“

Herr Wiebe verließ das Zimmer, in der Thür traf er mit dem
Obersten von Uten zusammen; dieser nickte ihm freundlich zu, als ihm
Wiebe respectvoll begrüßte.

Der Oberst war ein hochgewachsener, schlanker Mann von etwa
fünfundzwanzig Jahren. Mit seinem Bruder, dem Geheimrath, hatte er nicht die
geringste Aehnlichkeit. Auch er war noch immer ein schöner Mann; Jeder
schaute ihm gern in das offene, klare, blaue Auge, welches so heiter in die
Welt blickte; das freundliche Lächeln um den feingehauenen Mund fand
ihm trefflich, es paßte ganz und gar zu dem Ausdruck von Herzlichkeit und
Gutmüthigkeit, den seine Züge trugen.

(Fortsetzung folgt.)

Unruhe verschwunden. „Nowosti“ kommen in ihren weiteren Ausführungen auf den Bericht des „Matin“ über die politischen Auslassungen des Kaisers Bischoff zurück und stellen den Bericht des französischen Blattes dahin richtig, daß der Kaiser im Gegensatz zu Bismarck im bewaffneten Frieden nicht lediglich ein Schreckmittel gegenüber anderen Mächten erblicke, vielmehr der friedlichen Arbeit aller europäischen Völker eine große Bedeutung beimesse. „Nowosti“ fügen jedoch bei, daß der gegenwärtige Friede den Völkern zu kostspielig sei und drücken den Wunsch aus, daß die friedlichen Absichten auch in Thaten umgesetzt und die Opfer, die des Krieges wegen gebracht wurden, verringert werden mögen. Nur unter dieser Bedingung könne von einer ernstlichen Arbeit der europäischen Völker gesprochen werden.

„Daily News“ meldet aus Konstantinopel: Ein beträchtlicher Theil der türkischen Reserve wurde mobilisiert. Ueber den Grund dieser Maßregel circuliren verschiedene Gerüchte, unter anderen die Version, daß Rußland an der Grenze concentrirt, dann daß in Konstantinopel Wirren begonnen haben und Unruhen in Mazedonien befürchtet werden.

**Nachtrag**

zur Reichstags-Wählerversammlung vom 10. d. Ms.

Rede des Dr. Adolf Schullerus.

Geehrte Wählerversammlung! Es ist das erste Mal seit vier Jahren, das erste Mal seit der neuerlichen Entsendung unserer Reichstagsabgeordneten, daß uns die in der That seltene Gelegenheit geboten wird, den Bericht unserer Abgeordneten entgegenzunehmen und andererseits ihnen unsere Anknüpfung und Willensmeinung kund zu thun.

Aus dieser Thatsache fließt aber unter Recht und unsere Pflicht, um so eingehender ihre Haltung in der letzten Reichstagsperiode und den diese Haltung rechtfertigenden Bericht einer Kritik zu unterziehen und dadurch ist im letzten Grunde auch die Ursache bedingt, warum trotz des sympathischen äußeren Eindruckes, den besonders der Bericht des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Oscar v. Melzl gemacht hat, diese Kritik in eine mißbilligende Spitze auslaufen muß. Denn wenn auch dem Berichte unserer Abgeordneten aus der Mitte dieser Wählerversammlung lebhaft Zustimmung gezollt worden ist, so muß doch entschieden behauptet werden, daß das Verhalten unserer Abgeordneten in einigen der wichtigsten unserer Volksleben berührenden Fragen nicht der Stimmung und dem Willen des, wie ich glaube, größeren Theiles unseres Volkes und nicht zuletzt auch dieser Wählererschaft entspricht, gleichviel ob nun alle diese in unserer Wählerversammlung erschienen sind oder nicht, und wenn ja, ob sie es für opportun halten, diese ihre Meinung auch öffentlich kund zu thun und wenn wir auch an der Aufrichtigkeit und dem Willen des Herrn Abgeordneten, die Berührung mit seinen Wählern immer, wie wir hinzufügen können, auch unter persönlichen Opfern wahrhalten, nicht zweifeln können, so steht doch die Thatsache fest, daß in wichtigen Lebensfragen die Abgeordneten mit der Stimmung und dem Willen des Volkes nicht vertraut waren und deshalb in ihrem Verhalten ihm gegenüber gestanden sind.

Der Herr Abgeordnete Schreiber hat, wie ich glaube, in tactvoller Weise das Eingehen auf die kirchenpolitischen Fragen abgelehnt und in der That concentrirt sich das rege und erregte Interesse des Tages auf die eine Frage, die in dem Mittelpunkt der Tageserörterung steht und die es wieder augenscheinlich zum Bewußtsein gebracht hat, daß der Einfluß zwischen der Volksmeinung und der Haltung unserer Abgeordneten nicht vorhanden.

Als sich die erste Nachricht von der Ernennung Baron Banffy's zum Ministerpräsidenten in unseren Städten und Dörfern verbreitete, da flammete durch das ganze Sachsenland das Gefühl des sittlichen Zorns an und mit elementarer Gewalt brach sich die Empfindung Bahn, daß es eine moralische Unmöglichkeit sei, die Regierung zu unterstützen, deren Haupt Banffy heißt.

Ich will nicht die Zeitungstitel aufzählen, da auch das die Meinung unserer leitenden Kreise vertretende „Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt“ erklärte, daß es hier in unserem Volke als Ehrensache gelte, sich nicht zum Schildeknappen dieser Regierung zu machen.

Ich will nicht des erregten Gefühles gedenken, das im brieflichen Verkehr, in der Erörterung von Mund zu Mund zu Tage trat, ich will nur auf die Erklärung hinweisen, welche von maßgebendster Seite unserer politischen Führung in einem Leitartikel des „Siebenbürgisch-Deutsches Tageblattes“ gegeben worden ist. „Hätten die sächsischen Abgeordneten unter dem ersten Eindrucke gehandelt und wären sie aus der Regierungspartei ausgetreten, würde wahrscheinlich die Mehrheit der Wähler diesen Schritt gebilligt haben.“ Meine Herren! Wir können nicht annehmen, daß in einer so folgenschweren Sache sich unsere politische Führung von Gefühlsregungen leiten ließ, und wenn sie in so entscheidender Stunde der Meinung Ausdruck gibt, daß die Mehrheit der Wähler den Austritt der Abgeordneten aus der liberalen Partei gebilligt hätte, so constatirt sie dadurch nicht nur den Willen des Volkes, sondern sie gibt in der That indirect zu, daß sie selbst diesen Standpunkt getheilt haben würde, und ihn also als den richtigen anerkennt.

Und wahrlich, es war auch in dem Volke nicht rasch wallende Leidenschaft, der bald die Entschiedenheit folgen muß, sondern es war eine Schmerzempfindung, die sich immer bitterer in das Herz grub, je mehr wir über die Sache nachdachten. Der Herr Abgeordnete Dr. Oscar v. Melzl hat den einen möglichen Standpunkt als den des Gefühles gekennzeichnet und von ihm behauptet, daß er ausschließlich die persönliche Seite der Frage im Auge behalte. Das ist nicht richtig. Wir sprechen es allerdings als den Ausdruck unserer innersten Ueberzeugung aus, daß es die Ehre unseres Volkes verbiete, die Regierung eines Mannes zu unterstützen, der, so lange er unter uns weilt, uns und unser Recht nur mit Füßen treten hat; aber es ist nicht Feindschaft oder unedle Rache, wenn wir dem Manne, der als Obergespan unsere Bistümer Brüder und damit uns selbst in dem tiefsten Kern unseres nationalen Lebens gekränkt hat — ich maß im Uebrigen dem Herrn Abgeordneten gegenüber bemerken, daß die „politische Feindschaft“ des damaligen Obergespan Baron Banffy in ihrer Rücksichtslosigkeit durchaus den Gefühls- und die Erbitterung der persönlichsten, unteilbaren Feindschaft trug — wenn wir, sage ich, diesem Manne die Gefolgschaft kündigen, sondern es sind sachliche Gründe auch, die uns dazu führen. Nicht den Baron Banffy haßten wir, sondern das in ihm verkörperte System des magyarischen Chauvinismus.

Was ist es denn anders, was den Mann, dem, wie man hört, auch die elementarsten parlamentarischen Qualifikationen nur in geringem Maße eigen sind, zu der Höhe im Reichstage und im öffentlichen Leben emporgehoben hat, daß schließlich auch das Auge der Krone auf ihn, als auf die Stütze der liberalen Partei, fallen mußte, als das Vertrauen des magyarischen Chauvinismus, daß es ihm gelingen werde, endlich ganz Ungarn magyarisch zu machen, als die in den Zeitungen offen ausgesprochene Zuversicht, daß er, der „sächsische Hercules“, wie sie sagen, der Hydra der Nationalaspirationen den Kopf niederstreckten, daß er, wie wir sagen, die letzten Rudimente des Volkstums der nichtmagyarischen Bewohner dieses Landes, die sich den eisernen Armen des Magyarismus zu entwinden suchten, kalt und kumm machen werde? Und darin ist zugleich die Antwort auf die Theile des Herrn Abgeordneten enthalten, von der seine Ausführungen ausgingen, indem er sagte, daß das Programm der liberalen Partei unänderbar gelte. Das was richtig sein in Bezug auf andere wichtige Fragen, wie zum Beispiel die staatsrechtliche Grundlage, richtig auch in Bezug auf das Schlagwort des Liberalismus — wie ja jede Reichstagspartei diese Benennung für sich in Anspruch nimmt — im wirklichen Liberalismus aber, in der Gewährung von Licht und Luft zur eigenen Entwicklung für

die nichtmagyarischen Bürger dieses Landes, ist eine unfehlbare Wundung eingetreten.

Allerdings nicht von heute auf morgen, nicht vom 9. auf den 10. Januar, sondern sie datirt von dem Tage an, als das Ministerium Bekerle seine auf die materielle und culturelle Festigung des Vaterlandes gerichtete Bahn, auf der wir freudig mitgingen, verließ und sich durch nichtchristlichen Einfluß und die chauvinistische Strömung zu den kirchenpolitischen Vorlesungen hindrängen ließ, die in letzter Linie zur Einkürzung der nichtmagyarischen Bewohner führen sollen und bei deren Verhandlung wir „den Tod in der eigenen Brust“ dem Kaiser zujuchelten. Damals war die Wundung eingetreten, jetzt aber, da in der Person Baron Banffy's dem Scheinliberalismus die Maske vom Gesichte gerissen worden, hätten unsere Abgeordneten erkennen müssen, daß sie vor einem Abgrunde ständen und sich sagen müssen: Bis hierher und nicht weiter.

Und dazu kommt ein Drittes. Der Herr Abgeordnete hat Schwere von den Gefahren gesprochen, welche unser Austritt für Staat und Reich herbeigerufen haben würde, einer anderen Gefahr aber hat er nur flüchtig gedacht, die uns selbst droht, der Gefahr der politischen Demoralisation. Zum ersten Mal seit langer Zeit ist politisches Empfinden in unserem Volke laut geworden, es ist rasch niedergedrückt worden. Wer da weiß, wie nicht vom „Tageblatt“ und nicht von unseren politischen Führern aber von denen, die sich zu ihnen als Helfer herandrängen, in geheimen Conventikeln und offen unter Bürgern und Bauern mit den gemeinsamen Beweggründen der Angst und der Bortheil „Stimmung“ gemacht worden ist, wird begreifen, wie drohend diese Gefahr für uns ist. Baron Banffy soll einmal den Anspruch gethan haben, man müsse die Sachen demokratisieren, wenn man ihrer Herr werden wolle. Es fällt mir schwer, die Aufgabe zu erben, aber ich fühle mich dazu verpflichtet, daß in einer Correspondenz aus Budapest, welche aus Abgeordnetenkreisen stammen soll, dieser Anspruch Widerspruch gefunden hat. Wenn es dort heißt, die neue Regierung werde sicher lange genug am Ruder bleiben, um demnach, wie ihr Begegnung würde, Sonne und Schatten zu vertheilen, so muß gegen solche Verunglimpfung der politischen Freiheit mit Entrüstung Einsprache erhoben werden. Wir sind ein armes Volk, wir sind schwer gedrückt, vor allem auch durch die Zwietracht in unserer eigenen Mitte, aber etwas haben wir noch und wir werden mit jedem Abzuge daran halten, unseren ehelichen Namen. Das darf uns Niemand sagen, daß wir um der Furcht oder um materieller Bortheil willen unsere freie, politische Meinung verkaufen.

Es ist selbstverständlich, daß wir aus dem Gesagten nur die Folgerung ziehen können, daß nach alledem es zu mißbilligen und zu beauern sei, daß unsere Abgeordneten nicht sogleich nach der Ernennung Banffy's zum Ministerpräsidenten aus der liberalen Partei ausgetreten seien.

Seitdem sind nun Wochen in's Land gegangen und unsere Wählerversammlung sieht sich in die Nothwendigkeit versetzt, spät erst ihre Entscheidung zu treffen. Da muß ich denn zunächst meiner billigen Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß weder in dem Berichte des Herrn Abgeordneten, noch in der Antragrede des Herrn Dr. Wolff von dem bekannten Beschlusse des Hermannstädter Kreisaußschusses Erwähnung gethan worden ist, dessen Mittheilung und Vertretung doch hier erwartet werden mußte. Der Kreisaußschuß hatte das Verbleiben der Abgeordneten in der liberalen Partei davon abhängig gemacht, ob der Ministerpräsident genügende Garantien in Bezug auf das Sachprogramm sowie auf wichtige Institutionen unseres kirchlichen und communalen Lebens gebe. Der Herr Abgeordnete wie auch Herr Dr. Wolff haben nun im Allgemeinen davon gesprochen, daß sie durch die Erklärungen des Ministerpräsidenten beruhigt seien; ich glaube aber, indem wir uns auf den Boden des Kreisaußschußbeschlusses stellen, müssen wir der Sache doch näher in's Auge sehen.

Unser Sachprogramm figirt bekanntlich nach den Punkten, welche unser inneres Leben betreffen, im Punkt 4 die Stellung zum Staatsganzen, indem es die Einhaltung des Nationalitätengesetzes als das mindeste Maß von Freiheit und Berechtigung, als den nichtmagyarischen Bewohnern dieses Landes gebühren, erklärt. Naturgemäß mußte dieser Punkt den Hauptgegenstand der „Garantienfrage“ bilden.

Da ist es mir peinlich, zunächst eine thatächliche Berichtigung vorbringen zu müssen. Weder in der veröffentlichten Erklärung der sächsischen Abgeordneten, noch auch in den Ausführungen der Herren Vorredner ist darauf hingewiesen worden, daß allen den „beruhigenden“ Erklärungen des Ministerpräsidenten Clauseln angehängt waren, die das Zugespochene einschränkten, ja aufhoben. Sein Programm geht von der „eminenten Pflege des magyarischen Charakters des einheitlichen ungarischen Staates“ aus und wo immer in der Programmrede, wie in der Sachendebatte von der Einhaltung des Nationalitätengesetzes die Rede ist, fehlt nicht die Einschränkung: „ohne Beschränkung des einheitlichen nationalen Charakters“ oder „bis zur Grenze des magyarischen Charakters“ u. s. w. Und wer da weiß, wie in allen sprachlichen Rechtsverletzungen bis zum letzten Statut einer Innung oder zum Dienstbüchlein eines Feldbütters vom Standpunkt des einheitlichen magyarischen Charakters die Zurückdrängung der im Nationalitätengesetz gewährleisteten Rechte der Muttersprache der Bewohner erfolgt, fühlt instinctiv, daß eben in diesen Clauseln die Hauptsache liegt. Der Minister erklärt, er wolle das Nationalitätengesetz halten, soweit es ihm passe, d. h. gerade in diesen Grenzgebieten, die für uns das Wichtigste sind, wolle er es eigentlich nicht halten. Es ist bezeichnend, daß magyarische Zeitungen aus diesem inneren Widerspruch in der Erklärung des Ministers den Schluß zogen, er habe sich damit eigentlich verpflichtet, gerade die Paragrafen, welche Zugeständnisse an die Nationalitäten enthielten, zu revidiren, d. h. aufzuheben.

Ein zweiter Punkt aber ist es, der keine „Beruhigung“ schafft und der in den Ausführungen der Herren Vorredner ebenfalls übergangen ist. Der Ministerpräsident erklärte zum Schluß, daß er die Art und Weise, wie das Sachprogramm zustandekommen sei, daß er Gruppierungen nach Nationalitäten nicht billige, daß er die Sache unterreden lassen und alsdann Verfügungen treffen werde. Mit einem Worte, der Ministerpräsident leugnet die formale Berechtigung des Sachprogramms, als das Programm einer Partei, er spricht davon als von der zufälligen Anknüpfung mehrerer cultureller Aufgaben umschreibender Punkte, aber es ist doch die systematische Aufzählung der aus dem Wesen unserer durch Geschichte, Sprache, geistige und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit bedingten Cultureinheit stehenden Aufgaben und Forderungen. Herr Dr. Karl Wolff hat in warmen, tiefen Worten unsere Bedeutung als lebendiges Glied des Vaterlandes gekennzeichnet, das Sachprogramm geht ebenfalls von der Thatsache unserer Cultureinheit aus. Es ist hier nicht der Ort, darüber zu sprechen, ob der Ministerpräsident ein Recht habe, Parteibildungen nach einheitlichen Culturentwicklungen, unter denen natürlich Wahrung der eigenen Nationalität einen Hauptpunkt bildet, zu verbieten. Wir constatiren nur, daß er eben die wesentliche Grundlage des sächsischen Volkstums leugnet; wie kann man darin eine Garantie sehen, daß er daselbst anerkennen und wohlwollend fördern werde?

Meine Herren, so steht es mit den Garantien. Niemand wird behaupten können, daß in diesen widerspruchsvollen Erklärungen des Ministerpräsidenten — ganz abgesehen von der Programmrede des Cultusministers, auf die ich nicht eingehen will — eine „Beruhigung“ gegeben ist, daß nicht zum mindesten die Möglichkeit vorliegt, daß wir diesen Widersprüchen zum Opfer fallen. Ständen wir ohne vorhergehende Beschlüßfassung vor ihnen, man würde über das Mehr oder Minder der Beurlaubung streiten können; in ihnen aber die verlangten Garantien zu sehen, heißt doch nichts Anderes, als Comödie mit uns selber spielen, zu der unsere Zeit und unsere Lage doch zu ernst gestimmt sind.

Aus dem Gesagten glaube ich, den Schluß ziehen zu dürfen, daß auch jetzt noch consequenterweise keine andere Möglichkeit übrig bleibt, als unsere Abgeordneten anzuweisen, aus der liberalen Partei auszutreten.

Wenn jetzt, nach fast vier Wochen, dieser Austritt schwieriger ist und den jeder Verspätung anhaftenden mißlichen Schein trägt, so müssen wir hierfür die Verantwortung auf diejenigen wälzen, welche so spät erst der Wählerversammlung die Möglichkeit geboten haben, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen.

Ich erlaube mir, im Namen mehrerer Gefinnungsgenossen folgende Anträge der löblichen Wählerversammlung zu empfehlen:

1. Die Wählerversammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Abgeordneten nicht sofort nach der Ernennung des Barons Banffy zum Ministerpräsidenten aus der liberalen Partei ausgetreten sind;
2. da durch die Erklärungen des Ministerpräsidenten das gegen ihn und gegen das in ihm verkörperte System aufgestiegene Mißtrauen nicht vermindert, sondern vielmehr vermehrt worden ist, werden die Abgeordneten angewiesen, sofort aus der liberalen Partei auszutreten.

Rede des Stadtpfarrers Karl Klein.

Geehrte Herren! Ich kann den Antrag Schullerus nicht annehmen, und zwar den ersten Theil desselben, welcher den Abgeordneten für ihr Verhalten gegenüber dem Ministerium Banffy und wegen Unterlassung des sofortigen Austrittes aus der liberalen Partei die Mißbilligung ausdrückt, darum nicht annehmen und empfehlen, weil, wenn sie das gethan, sie gegen das Volkstrogramm gefehlt hätten. Ja, dies war ihnen einfach nicht möglich, wenn sie die Waffe nicht verlassen wollten, auf welcher sie gewählt worden. Hätten sie doch seinerzeit ihre Stellung in der Regierungspartei im Einvernehmen mit ihren Wahlkreisen eingenommen, und konnten selbe auch ohne deren Zustimmung nicht verlassen. Sie hätten damit ihre Competenz überschritten, und wenn sie es gethan hätten, so müßten wir das Tadelvotum, welches der eingangs erwähnte Antrag ihnen gerade wegen ihres gegenbärtigen Verhaltens zugebilligt, hierfür aussprechen.

Gener Antrag enthält aber auch ein Zweites: Daß die Abgeordneten verjamt, sofort nach Bildung des neuen Cabinetes aus ihrem bisherigen Parteiverbande zu scheiden, sei jedenfalls ein bedauerlicher Fehler gewesen; allein es sei jetzt noch immer nicht zu spät, denselben, wenn auch nur theilweise weitzumachen — so ungefähr lautet der weitere Gedankengang desselben. Meine Herren! Die Gründe, welche hier angeführt werden, will ich nicht alle recapituliren — das würde zu weit führen, aber Einiges kann ich davon doch nicht unerwähnt lassen. Zuerst sei es wie eine Stimme der Entrüstung durch das ganze sächsische Volk gegangen, da man nur an die Möglichkeit gedacht, daß seine Vertrauensmänner ein Ministerium Banffy unterstützen könnten, der sofortige Austritt wäre das einzig Richtige gewesen, und dieser müßte auch jetzt noch erfolgen. Also noch immer ist es das Gefühl, dem auch dann noch allein Rechnung getragen werden soll, wenn Zeit zur ruhigen Erwägung vorhanden gewesen. Die Herren versprechen — aber gerade das Austrittes des Herrn Dr. Schullerus hat den Eindruck gemacht, wie wenn nicht sachliche Erwägungen, sondern das Gefühl ihn bestimmt habe, jenen Austritt zu fordern. Was geschehen solle, wenn der 2. Theil seines Antrages angenommen würde, das hat er mit keinem einzigen Worte angedeutet. Er verlangt nur, man solle austreten, auch jetzt noch, und zwar, weil die Erklärungen der Regierung, welche sie in offener Reichstags-Sitzung, im Angesichte des Landes abgegeben, nicht hinreichen. Herr Dr. von Melzl hat eben geäußert, daß die 13 sächsischen Abgeordneten durch diese Erklärungen beruhigt seien. Möglich ist es nun allerdings, daß Andere durch dieselben sich nicht beruhigt fühlen. Da ist es nun sehr angenehm, sich, worauf auch Herr Dr. Wolff in seiner Rede so nachdrücklich hingewiesen, vorzuhalten, daß es unseren Abgeordneten noch immer freistehe, in dem Augenblicke, wo die Mehrheit der Wählererschaft erkennt, daß diejenigen Recht haben, welche nicht beruhigt sind, auszutreten. Dieser letzte Satz will besagen, daß unsere Reichstagsabgeordneten in ihrem jetzigen Parteiverbande verbleiben können, so lange sie die Ueberzeugung hegen, daß sie innerhalb dieser Partei die Ziele des Volkstrogrammes wirksam zu fördern vermögen, oder sobald sich die Regierung weigert, an dieser Förderung mitzuwirken, erlangen jene Recht, welche den Austritt befürworten; so lange dies nicht der Fall ist, liegt mindestens daselbe Recht auf Seiten der Ersteren. Ich will nicht freiten über den Sinn jener ministeriellen Erklärungen mit ihren Clauseln, welche man so oder anders aufstellen kann und die gerade deshalb practisch unrichtig sind. Denn nicht jetzt im Augenblicke wollen wir uns ja entscheiden, wir wollen vielmehr in unserer gegenwärtigen Parteistellung verbleiben, solange wir keinen sachlichen Grund erhalten, den Platz zu vertauschen mit einem Andern, von dem man nicht weiß, wie er beschaffen ist.

Da erlaube ich mir denn, ohne meine Rede zu weit auszuführen und meine Person etwa in den Vordergrund treten zu lassen, darauf hinzuweisen, welche Haltung ich in dieser Frage vor 4 Jahren beobachtet. Damals, als in das Volkstrogramm jener Paragraf Aufnahme fand, daß den einzelnen Abgeordneten und Wahlkreisen überlassen bleiben solle, die Parteistellung zu wählen, erklärte ich mich damit nicht einverstanden, weil mir daran gelegen war, die Einheitlichkeit der Action doch etwas mehr zu sichern und es nicht fast nur dem Zufalle zu überlassen, ob unsere Volksvertreter in einem geschlossenen Glinde vorgehen oder aber Jeder auf einer anderen Seite zu finden sei. Ich war auch nicht für den Eintritt in die Regierungspartei — aber jetzt bin ich nicht für den Austritt, denn jetzt stehen die Verhältnisse ganz anders, als damals, und ich muß es ganz offen gestehen: auch ich würde mich bedanken für einen Parteigenossen, welcher mich, ohne daß eine sachliche Aenderung unserer beiderseitigen Programmes erfolgt wäre, im Stiche ließe gerade in dem Augenblicke, wo ich auf seine Hilfe ansehe.

Ich glaube, wir hätten keine Ursache, zu bedauern, daß unsere Abgeordneten im ersten Moment nicht aus der liberalen Partei ausgetreten — im Gegentheil, es wäre höchst bedauerlich gewesen, wenn sie es gethan, für uns zumal, die wir doch ein kleines Völkchen sind. Was gibt uns das moralische Recht, einen solchen Schritt aus einem solchen Anlasse zu thun, und wer den Muth, den Schritt zu vertreten und zu verantworten, nicht nur vor uns und unserer großen und ruhmreichen Geschichte, wie sie bei einem so kleinen Volke fast ohne Beispiel dasteht, nein! in solch' erstem Augenblicke, wie der gegenwärtige, auch vor der großen Welt? Darum bin ich damit ganz einverstanden, daß wir unseren geehrten Abgeordneten danken, daß sie sich nicht gegen das Programm, auf welches sie gewählt worden, allein unter der Macht des ersten Eindruckes entschieden, sondern daß sie sich Informationen dort geholt, wo sie zu holen waren, daß wir's ihrer klugen Haltung zu danken haben, daß die jetzige Regierung, wie keine bisher, in offener Reichstags-Sitzung uns zu Gunsten Erklärungen abgegeben. Dankbar ergreife ich daher die Gelegenheit, offen hier auszusprechen, daß unsere geehrten Reichstagsvertreter ganz in unserem Sinne gehandelt, wie sie ja andererseits fest entschlossen waren, nach unserem Verhalten ihr Verhalten einzurichten, auch wenn es sie auf eine andere Bahn geführt hätte. Wie können wir sie also tadeln? Und darum empfehle auch ich meinerseits den Antrag des Herrn Dr. Wolff zur Annahme. (Bravo! und Hände klatschen.)

Schlusswort des Dr. Adolf Schullerus.

Ich will mein Recht des Schlusswortes nur zu einer kurzen Bemerkung in Anspruch nehmen. Der hochgeehrte Herr Vorredner bezeichnete es als den schwächsten Punkt meiner Argumentation, daß darin mit keinem Worte dessen gedacht worden sei, was nun auf den Austritt folgen solle, wie wir uns denn die weiteren Schritte dächten. Darüber, geehrte Herrn, nachzudenken, glauben wir durch den Kreisaußschuß überhoben zu sein, aus dessen Beschluß unser Antrag nur die Consequenzen zog. Wenn der Kreisaußschuß das Verbleiben der Abgeordneten in der Regierungspartei von der Gewährung der Garantien abhängig machte, im Nichtgemäßensfalle aber den Austritt in sichere Aussicht stellte, so setzte er ja die Möglichkeit voraus, daß die Garantien nicht gegeben werden würden und mußte sich im vorhinein

der Com  
des Krei  
demnach  
Der Me  
auschuff  
sei ober  
„Sprung  
das heit  
uns ein  
berufen  
D  
volle Zu  
nicht gl  
auf dem  
Arbeitsk  
und auch  
Recht u  
stimme  
10. d. e  
Qualific  
„Banffy  
Worte f  
sächlich  
Rede ni  
budget  
Justizm  
wies na  
wie die  
abnehme  
verpred  
Herrsch  
genomme  
legislati  
haben.  
Verfahr  
erfahre,  
werden i  
R  
Einwend  
wortet u  
wortete  
die Proc  
Abolition  
und wur  
D  
die Ables  
B  
Polon  
und erth  
Verfahr  
dürfe.  
worden,  
Polon  
Es  
geleht w  
führte, u  
Mini  
des Vor  
werden,  
aus bere  
Sitzlag  
über die  
rufen, er  
hatte.  
1 1/2 U  
10. d. e  
ruhten  
Freiherr  
in Lembe  
bei diese  
Auerbach  
Cavalieri  
zu ernenn  
burg, C  
treter des  
in Lembe  
Tr  
vom 20.  
In  
der Refer  
Truppen  
merkung  
im Mob  
12. Corp  
In  
Glanche  
Regiments  
arbiträr  
Hermann  
—  
die vom  
Gandfere  
hofmeister  
Obersta  
gewesen  
Johann  
ernannt  
Seit  
Vortrag  
Centraldir  
ministerium  
—  
allergnädig  
dem Budap

ist und den wir hierfür er Wähler-Indruck zu folgende dass die Banffy zum and; en ihn und auen nicht die Abge- treten. nicht an- dneten für terlassung auspricht, e, sie gegen ist möglich, t worden. et im Ein- auch ohne etenz über- ebstvolum, entheiligen geordneten bisherigen er gewesen; er auch nur donfengung rt werden, ber Einiges ine Stimme an nur an um Banffy ge gewesen, ist es das soll, wenn rzeihen — in Eindruck hlt ihn be- wenn der mit keinem teten, auch elche sie in nicht hin- ächlichen ist es nun . Da ist einer Rede dneten noch ählerische äzutreten. in ihrem berzeugung des wirksam an dieser fürworten; auf Seiten rriellen Er- fassen kann t jetzt im in unserer achliche u dem man ähren und auf hinzu- . Damals, das den die Partei- weil mit zu sichern lsovertreter er anderen Regierung- steht stehen offen ge- cher mich, rogrammes auf seine ntere Ab- usgetreten des gethan, uns das zu thun, ten, nicht ie sie bei b' erstem arum bin n danken, en, allein e sie sich er klugen bisher, in Dankbar uniere ge- ie sie ja Verhalten ätte. Wie meinerseits b Händ- Bemerkung te es als em Worte wie wir nachzu- aus dessen ausdruck der Ge- aber den voraus, vorginein

der Konsequenzen bewußt sein, die der in diesem Falle nach dem Beschlusse des Kreisaußschusses erfolgender Austritt nach sich ziehen mußte. Wir haben demnach keine Ursache, uns den Kopf unseres Kreisaußschusses zu zerbrechen. Der Meinungsunterschied besteht nur darin, ob der im Beschlusse des Kreisaußschusses vorgezeichnete Fall der Nichtgewährung der Garantien eingetreten sei oder nicht; für den ersteren Fall hatte ja auch der Kreisaußschuß den „Sprung in's Dunkle“ beschlossen und wir müssen die Verantwortung dafür, das heißt den Nachweis, daß auch nach dem Austritt der liberalen Partei uns eine erfolgreiche parlamentarische Wirksamkeit möglich sei, eben unserer beruflichen politischen Führung, dem Kreisaußschuß zuweisen.

Den Schlusssatzungen des Herrn Vorredners kann ich nur meine volle Zustimmung geben. Auch wir wollen nicht in Uniform „scheinen“, nicht glänzen, jeder von uns arbeitet nach seinen Kräften im Arbeitsmittel auf dem Gebiete, wohin ihn Beruf und Neigung weist. Aber unter dem Arbeitsmittel schlägt uns ein warmes Herz für unser Volk und sein Wohl und auch unter der Arbeit und im Gewande des Alltags fühlen wir das Recht und die Pflicht, der Stimme unseres Gewissens, die uns die Volksstimme dünkt, auch im öffentlichen Ausdruck zu verleihen.

Als Professor Dr. Schullerus in der Wählerversammlung vom 10. d. erwähnte, Baron Banffy seien die elementarsten parlamentarischen Qualifikationen nur in geringem Maße eigen, bemerkte ein Wähler: „Banffy hat die theologische Prüfung nicht gemacht.“ — Die schwersten Worte über Banffy's Wirksamkeit in Distrik hat Herr Schullerus wahrscheinlich schon zurückgenommen, denn er hat dieselben in den Ausdruck seiner Rede nicht mit aufgenommen.

**Aus dem Reichstage.**

Budapest, 11. Februar.

Mit dem Schlusssatzungen in der allgemeinen Debatte über das Justizbudget hat die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses begonnen. Justizminister Erdély reflectirte auf die oppositionellen Beschwerden und wies nach, daß die neue Gerichtsorganisation ebenso wenig die Rechtsicherheit wie die richterliche Unabhängigkeit tangirte und daß die Beschlüsse allmählich abzuhängen. Die gegen den Gerichtspräsidenten Jitway vorgebrachten Klagen versprach er untersuchen zu lassen. Ein Gesetzentwurf über die Ehen im Herrscherhause liege ihm vor, doch habe er zu demselben noch keine Stellung genommen. Die Durchführung des Eherechts erfordere keine weiteren legislativen Verfügungen. Die Regelung der Fideicommiss werde im Rahmen des bürgerlichen Gesetzbuches vorgenommen werden, während das Verfahren in Beschaffen im Rahmen des Strafverfahrens eine Revision erfahre, weshalb denn auch die oppositionellen Beschlüsse abgelehnt werden können.

Nachdem noch auch Referent Latkoczky auf die hauptsächlichsten Einwendungen gegen das Budget und gegen die Justizverwaltung geantwortet und nachdem sich auch Jiffelusz seines Schlusswortes bedient, antwortete noch der Justizminister auf eine Anspielung Jiffelusz's betreffend die Proceßkosten Perczel-Szapary, daß er diese, sich behufs Einleitung des Abolitionsverfahrens unterbreiten ließ. Die Abolition ist schon angeordnet und wurden die Acten auch bereits an den Gerichtshof zurückgeschickt.

Die Abstimmung ergab sodann die Annahme „Centralausgaben“ und die Ablehnung der gegnerischen Beschlüsse.

Bei der nächsten Post machte sich zur Abwechslung wieder einmal Polonyi wichtig. Er richtete eine Unmenge von Fragen an den Minister und ertheilte demselben eine erdrückende Rechtsbelehrung darüber, daß das Verfahren in Ehefachen nicht auf dem Verordnungswege eingeführt werden dürfe. Nachdem dem Minister diese stupide Weisheit endlich zu viel geworden, rief er ihm zu, daß er gar nicht daran denke. Die übrigen Fragen Polonyi's würdigte der Minister keiner Antwort.

Es trat sodann eine Pause ein, nach welcher die Verhandlung fortgesetzt wurde.

Nun war es Mérey, der bei der Post „Kön. Curie“ den Nachweis führte, daß am jüngsten Samstag er Recht gehabt hat. Den von dem Minister gegebenen Aufklärungen zu Trost bemächtigte sich dann Ugron des Wortes. Derselbe glaubte, die Resonanzen könnten am leichtesten beseitigt werden, wenn auch der kön. Tafel und an der Curie die Collegien bloß aus deren Mitgliedern bestünden. Diefem Vorschlage trat dann Defter Szilagyi entgegen, der dem Vorredner auch eingehende Informationen über die einschlägigen englischen Verhältnisse, auf welche sich derselbe berufen, ertheilte. Recht behielt selbstverständlich Ugron, der das letzte Wort hatte. Die weitere Debatte brachte nichts Erwähnenswerthes mehr. Um 1 1/2 Uhr war das Justizbudget erledigt.

Morgen gelangt das Budget des Finanzministeriums zur Verhandlung.

**Local- und Tagesnachrichten.**

Hermannstadt, 13. Februar.

(Militärisches.) Seine k. und k. Apostolische Majestät geruhten allergnädigst die Uebernahme des Feldmarschall-Lieutenants Hilbert Freiherr von Schneyden, Commandant der Cavallerie-Truppen-Division in Lemberg, auf sein Ansuchen in den Ruhestand anzuordnen und demselben bei diesem Anlasse das Commandeurkreuz des Leopold-Ordens und aus Allerhöchster Gnade und ausnahmsweise den Charakter eines Generals der Cavallerie ad honores, beides mit Nachsicht der Toxe, zu verleihen; weiter zu ernennen: den Feldmarschall-Lieutenant Franz Graf von der Schulenburg, Commandant der 33. Infanterie-Truppen-Division, zum Stellvertreter des Commandanten des 11. Corps und commandirenden Generals in Lemberg.

Transferrirt wird: der Hauptmann 1. Classe: Erich Sterzinger, vom 20. Feld-Jäger-Bataillon, zum 63. Infanterie-Regiment. In das Verhältnis „außer Dienst“ wird versetzt: der Lieutenant in der Reserve: Aladar Kobelly des 86. Infanterie-Regiments, als zum Truppendienste im Heere untauglich, zu Localdiensten geeignet, unter Vormerkung für die Verwendung bei Militärbehörden und höheren Commanden im Mobilisationsfalle. (Aufenthaltsort: Szegedin, verfügbare Reserve des 12. Corps.)

In den Ruhestand wird versetzt: der Hauptmann 1. Classe: Franz Glancké, (mit Wartegebühr beurlaubt), des 36. Divisions-Artillerie-Regiments (auf Grund der Bestimmungen des §. 3, Absatz 2, der Superarbitrationsvorschrift für die Personen des k. und k. Heeres — Domicil: Hermannstadt).

(Ernennungen.) „Budapesti Közlöny“ vom 12. d. bringt die vom Ministerpräsidenten Baron Banffy gegenzeichneten allerhöchsten Handschreiben womit Baron Béla Orczy, unter Enthebung vom Oberstkommissar-Amt, zum Juxta Curiae, — Graf Aladar Andraffy zum Oberstkommissar, — Graf László Festetics zum Obersttruchseß, — die gewesenen Reichstagsabgeordneten Dionys Döry, Emerich Zvanka und Johann Latinovics zu lebenslänglichen Mitgliedern des Magnatenhauses ernannt werden.

Seine k. und apostolisch k. Majestät geruhten allergnädigst über Vortrag des k. ung. Finanzministers den Ministerialrath und Labalgefälls-Centraldirector Béla Gränzensein zum Staatssecretär im Finanzministerium zu ernennen. (Verleihung.) Seine k. und apostolisch k. Majestät geruhten allergnädigst über Vortrag des k. ung. Ministers am allerhöchsten Hoflager dem Budapester öffentlichen ordentlichen Universitäts-Professor und Magnaten-

hausmitgliede Paul Ghulai, als Anerkennung seiner auf dem Gebiete der Literatur erworbenen hervorragenden Verdienste, das Ritterkreuz des Sanct Stefansordens zu verleihen.

(Vestätigung.) Der k. ung. Minister des Innern hat die Satzungen des Vereenspater röm.-kath. Montanisten-Jugendvereines unter Zahl 8336 l. J., — der k. ung. Ackerbauminister die Satzungen der Székelyhudarbelger Jagdgesellschaft unter Zahl 4994 l. J. mit der Einreichungs-Clausel versehen.

(Ministerielle Dankfagung.) Der k. ung. Minister für Cultus- und öffentlichen Unterricht hat dem Hermannstädter Staats-Ober-gymnasial-Professor N. Karl Kolbenheyer, der stets bei gewissenhafter und erprießlicher Erfüllung seiner Professoren-Agenden auch durch freiwillige Hülfeleistung in der Geschäftsführung der Anstaltsleitung, durch den unentgeltlichen Unterricht in der französischen Sprache als außerordentlichem Lehrgegenstande und durch die Anwendung seiner Lantime auf die Verwaltung des Schulgeldes an die Stiftungen der Anstalt den stetigen Beweis seines besonderen Eifers und seiner Dienstwilligkeit zum Besten der erwähnten Mittelschule gegeben, für diese seine eifrigen Dienste und seine Opferwilligkeit anerkennenden Dank ausgesprochen.

(Explosion.) Bei den Bohrungen nach Steinkohlen in Michelsberg wollte am 11. d. der Arbeiter Johann Laßlo die Dynamitpatronen aus dem Bohrloch herausheben, um eine frische Lunte daran anzubringen, wobei das Dynamit explodirte und ihm schwere Verletzungen an den Händen und im Gesicht zufügte, in Folge dessen der linke Vorderarm amputirt werden mußte.

(Todesfall.) Josef Benjamin Leutsch, Kaufmann, ist am 11. d. nach langem Leiden im Alter von 75 Jahren in Schäßburg gestorben und heute dortselbst beerdigt worden.

(Erfroren.) Am 5. d. erfolgte der schauerliche Sturm in den Abendstunden 4 romanische Frauen aus Blutroth auf dem Heimwege von Karlsburg auf dem Hattergebiete der Gemeinde Stragfa. Am 6. d. Morgens fand man alle 4 Frauen auf der Comitatsstraße erfroren. 11 Kinder, darunter ein Säugling, trauern um ihre Mütter.

(Aenderung in der Ausrüstung der Pionniere der Sanitäts-truppe.) Für die Pionniere der Sanitäts-truppe wurden die gleichen technischen Ausrüstungen eingeführt und der gleiche Tornister normirt wie für den Zimmermann Nr. 2 einer Infanterie-Compagnie. Der Tornister, eventuell die gepackte Werkzeugtasche des Pionniers der Sanitäts-truppe werden auf dem Sanitäts-Arbeitswagen fortgebracht.

(Studienreisen von Mittelschul-Professoren.) Seit mehreren Jahren beobachtet die Unterrichtsverwaltung die in vielfacher Hinsicht practische Gespinntheit, Mittelschul-Professoren Studienreisen machen zu lassen, welche stets vorzüglichen Einfluß auf das Unterrichtsweien üben. Cultus- und Unterrichtsminister Dr. Julius Blastics beabsichtigt nun, diese Verfügung seiner Amtsvorgänger fortzusetzen und hat für feuer die Arrangirung zweier solcher Studienreisen beschlossen. Das Ziel der einen Expedition, an welcher höchstens 15 Personen theilnehmen können, ist Egypten, für Geographen und Historiker; die zweite, spätere Reise wird nach Norwegen gehen. Ein Theil der Betreffenden wird staatliche Beihilfe erhalten, doch können innerhalb der festgesetzten Zahl der Theilnehmer sich solche melden, welche die Reise auf eigene Kosten zu machen beabsichtigen.

(Revolte in Galas.) Die socialistischen Emiffäre betreiben auch in Galas seit länger als einem Jahre ihre Agitation in den unteren Schichten der Bevölkerung der Stadt; obgleich nun die Behörde mit der größten Wachsamkeit die Umtriebe der von Zeit zu Zeit aus der Hauptstadt dahin entsendeten Apostel verfolgt, scheint es dennoch, daß die von denselben verbreiteten Lehren einen Theil der Bevölkerung bereits inficirt haben. In Folge der behufs energischer Eintreibung der Kirchenabgaben getroffenen Verfügungen ließ sich ein Theil der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten hinreißen und nur dem tactvollen Vorgehen des Bürgermeisters Stefan Barisjabo ist es zu verdanken, daß kein größeres Unglück geschehen ist. Ueber den Vorfalle selbst erhält „Rel. Ert.“ aus Galas folgenden Bericht: „Die sonst so ruhigen Straßen unserer Stadt bildeten am 9. d. ganz unerwartet den Schauplatz einer größeren Demonstration. Vormittags nach 9 Uhr zog eine große Volksmenge, etwa 500 Individuen, sämtlich Gläubiger der reformirten Kirche, vor das Bürgermeisteramt und erklärten unter großem Lärm, daß sie die Kirchensteuer nicht bezahlen; sie forbernten unter Drohungen, daß der Bürgermeister die zur Einhebung derselben angeordnete Execution suspendire. Nur dem ruhigen und energischen Einschreiten des Bürgermeisters ist es zu danken, daß die Demonstration ohne größeres Unglück verlaufen ist. Die öffentliche Ordnung wurde nicht gestört. Ein Theil der Demonstranten bestand aus socialistischen Arbeitern. Die Tumultuanten gingen ruhig auseinander. Die Behörde hat die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen.“

(Eine schlafende Dame im Coupé.) Vor vier Tagen fand der Conductor des von Partany-Nana nach Zpolyhag verkehrenden Zuges eine elegant gekleidete Dame, welche selbst auf das größte Geräusch nicht erwachte und auch als der Conductor sie rüttelte, nicht zu erwecken war. Der Bahndienstleste schlug Alarm, da er glaubte, die Dame sei todt, allein vergebens, sofort angestellte Versuche bewiesen, daß Leben in dem Körper war. Nach einem zur Probe applicirten Aderstiche kam warmes, rothes Blut aus der Wundstelle, allein nicht die geringste Bewegung des Körpers war zu bemerken. Die räthselhafte Dame, von der die Aerzte glaubten, daß sie hypnotisirt worden sei, wurde in das Zpolyhager Spital befördert; man fand nichts bei ihr, was auf ihre Identität schließen ließe, als ein Sackuch, das mit dem Zeichen „R. M. 3/4. 1894.“ versehen war.

(Blutiges Officiersduell.) Wie dem „Magy. Uj.“ aus Preßburg gemeldet wird, entstand gelegentlich der jüngsten Officiers-tanzunterhaltung zwischen dem Pionnier-Oberlieutenant P. und dem Artillerie-Oberlieutenant S. Differenzen, welche durch ein Säbelduell ausgetragen wurden. Bei dem vierten Gange erhielt der Artillerie-Officier eine Verwundung, worauf die Zeugen das Duell für beendet erklärten. Sodann fand eine Aussöhnung der Parteien statt.

(Ein wütender Wolf.) Am 25. Januar tauchte im Bezirke Ragotica ein wütender Wolf auf, der unter der Bevölkerung der Gemeinde Sokolac und Bjebovi großes Unheil anrichtete. Der Wolf biß nämlich einen Knaben zu Tode, während er vier weitere Personen schwer, acht leicht verletzete. Das erste Opfer war ein 13-jähriger Knabe, der, auf freiem Felde dem Vieh Heu vorlegend, die auf ihn zulaufende Bestie für einen Hund hielt. Er wurde sich der Gefahr erst bewußt, als der Wolf auf ihn sprang und ihm ein Stück Haut von der Stirne riß. Sein jüngerer Bruder, der in der Nähe weilte, ergriff einen Knüttel und schlug beherzt auf den tödtlichen Feind ein. Der Wolf verbiß sich in den Knüttel und die Kinder konnten entfliehen. Hierauf lief der Wolf weiter und zerfleischte einen 12-jährigen Knaben so gramam, daß er auf der Stelle todt blieb. Ein Landmann, der die gräßliche Scene gesehen hatte, lief dem Wolfe nach und feuerte aus der Pistole einen Schuß ab, ohne zu treffen, worauf sich die Bestie auf ihn stürzte und ihn verwundete. An diesem und am nächsten Tage trieb sich der Unhold in der Gegend herum und verlegte, wie bereits eingangs erwähnt, eine ganze Reihe Unglücklicher, die ihm in den Weg kamen. Am 26. Januar wurde das wütende Thier endlich von zwei Bauern erlegt, nachdem es auch diese verwundet hatte. Außerdem biß es noch Pferde, Kinder, Schweine und mehrere Hunde, welche letztere bereits vernichtet, die anderen Thiere aber isolirt wurden. Charakteristisch ist es, daß alle Verletzungen am Kopfe stattfanden, was das marcanteste Anzeichen der Tollmuth eines Wolfes ist. Er hat den meisten Angefallenen die Kopfhaut scalpirt, weshalb man auch in seinem Magen einen Vollen Haare fand. Den Leuten wurde sofort ärztliche Hilfe zugeführt, und wurde auch ein Veterinär entsendet, der die Wuth des erschlagenen Thieres constatirte. Es sind übrigens Schritte

eingeleitet worden, daß die Verlegten in das Budapester Pasteur-Institut überführt werden.

(Die Ermordung des Dr. Rothziegel.) Der Solicitor Eichinger hat am 11. d. vor dem Untersuchungsrichter ein vollständiges Geständnis abgelegt, daß er an dem Advocaten Rothziegel einen geplanten Mordanschlag mit der Absicht des Verabens ausgeführt hat.

(Kleptomanie.) Aus Wien meldet man: Der Hauptcassier der Nordwestbahn-Gesellschaft, Seyfried v. Nobrenheim, wurde am 6. d. im Restaurant „zur Linde“ in der Rothenturmstraße beim Diebstahle einer Taschenuhr aus Chinasilber im Werthe von 2 fl. 50 kr. ertrappt und verhaftet. Er ist Hausbesitzer im IV. Bezirke und gilt als reich; man glaubt, daß er an Kleptomanie leide.

(Ein Faß Gold entwendet.) In Spandau wurde in der Nacht zum Sonntag ein Faßchen mit 10.720 Mark in Gold entwendet, welches mit acht anderen Faßchen gleichen Inhaltes von der General-Militär-casse in Berlin zur Wohnung dorthin geschickt und in der Postkammer für Werthpapiere unter Verschluss aufbewahrt war. Zur Aufklärung des Vorfalles steht bis jetzt jeder Anhalt.

(Brand eines Schlosses.) Aus Luxemburg wird vom 6. d. gemeldet: Das dem Deputirten Mey-Tesch gehörige Schloß Begget ist heute Nacht mit allen Kunstschätzen, darunter werthvolle Gobelins, ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden beträgt eine halbe Million und ist nur theilweise durch Versicherung gedeckt.

(Brände.) In Köln brach in der Nacht zum 11. d. in einem Schuhwaarengeschäft in der Severinstraße Feuer aus, wobei eine 24-jährige Dame verbrannte. Drei Personen sprangen von der obersten Etage in die Tiefe und wurden schwer verletzt in's Spital gebracht. Durch die ungeheure Hitze waren die Löscharbeiten sehr erschwert. — Der in der Union-Pacific-Bahn gelegene Bahnhof St. Josef ist niedergebrannt. Der Schaden beträgt 400.000 Dollars.

(Großfeuer.) Die Dampf- und Leigwaarenfabrik der Brüder Prinz in Catania ist sammt den colossalen Korn- und Mehlspeichern, sowie den Arbeitshäusern am 5. d. Nachts niedergebrannt. Bei den Löscharbeiten fanden drei Soldaten den Tod und fünf Feuerwehnmänner wurden schwer verletzt. Tausend Arbeiter sind brodlos, der Schaden übersteigt zwei Millionen Lire.

(Eine Demonstration gegen Casimir Périer.) Als Casimir Périer vor der Villa Beauclieu in Nizza ankam, sammelte sich eine ansehnliche Menge an, aus der Rufe „Ausreißer“ laut wurden; dies veranlaßte Andere zu freundlichen Zurufen für den ehemaligen Präsidenten, der rasch in der Villa verschwand.

(Entgleisung.) Aus Indianopolis wird gemeldet: Der Schnellzug zwischen St. Louis und New-York ist bei Coatesville entgleist, wobei zwei Personen getödtet und dreundredrig — darunter mehrere lebensgefährlich — verletzt wurden.

**Original-Telegramme.**

Budapest, 13. Februar. Die Opposition des Magnatenhauses wird nächste Woche vor Verhandlung der kirchenpolitischen Vorlagen eine Conferenz halten, um gegenüber den von der Regierung in Aussicht gestellten Modificationen ihren Standpunkt festzustellen.

Triest, 13. Februar. Der Russe Paremoujian, der Führer der in Budapest verhafteten Einbrecherbande, wurde verhaftet.

Arco, 13. Februar. Die Besserung im Befinden des Erzherzogs Albrecht hält an.

Paris, 13. Februar. Seine Majestät Kaiser-König Franz Josef sandte an den Präsidenten der Republik ein Telegramm, worin Er für den Bewillkommungsgruß anlässlich seiner Ankunft in Frankreich dankt und sagt, daß Ihre Majestät und Er mit großem Vergnügen wiederamen. Schließlich versichert der Monarch den Präsidenten seiner Hochachtung und aufrichtigen Freundschaft.

**Fremden-Liste**

vom 13. Februar.  
Hof-Neuribber. Julius Konig, Wilhelm Graffer, Arnold Ribel, Robert Breßler, Ferdinand Niederhofer, Kaufleute, von Wien; Philipp Schö, Gáza Schö, Eger, Kaufleute, von Budapest; Paraskevas, Kaufmann, von Kronstadt; Rarczander, Kaufmann, von Temesvár; Alexander Stangl, Kaufmann, von Breslau; Moses Heinrich, Kaufmann, von Hannover.

(Eingefendet.)

**Henneberg-Seide**

nur echt, wenn direct ab meinen Fabriken bezogen, — schwarz, weiß und farbig, von 35 fr. bis fl. 14.65 per Meter — glatt, gestreift, carrirt, gemulirt, Damaste etc. (ca. 240 versch. Qual. und 2000 versch. Farben, Dessins etc.), porto- und steuerfrei in's Haus. Muster umgehend. Doppelpost Briefporto nach der Schweiz. Seiden-Fabriken G. Henneberg (k. u. k. Hofl.), Zürich.

**Stadt-Theater in Hermannstadt.**

Direction: Leo Bauer.  
Heute Donnerstag den 14. Februar 1895:  
Abonnements-Vorstellung Nr. 6. Geraber Tag.  
**Zwei Wappen.**

Schwank in 4 Acten von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Budapester telegraphischer Börsen- und Effecten-Cours vom 12. Februar.	
4 1/2 % ung. Gold-Rente	124.75
4 1/2 % ung. Kronen-Rente	99.25
4 1/2 % ung. St.-Eis.-Anl. i. Gold	127.75
4 1/2 % ung. „ „ i. Silber	103.50
5 1/2 % ung. Odbahn v. J. 1876	125.75
4 1/2 % ung. Grundentl.-Obligationen	98.—
Schuldregulirungs-Oblig.	101.25
Kronen-Eis.-Anl. Grundentl.-Obligat.	98.50
Ungarische Prämien-Lose	161.—
4 1/2 % ung. Theilregulirungs-Lose	149.—
4 1/2 % ung. Deferr. Papier-Rente	101.—
4 1/2 % ung. „ Silber-Rente	101.—
4 1/2 % Pfandbriefe der Hermannstädter	101.—
4 1/2 % „ „ „	101.—

Wiener telegraphischer Börsen- und Effecten-Cours vom 12. Februar.	
4 1/2 % ung. Gold-Rente	124.75
4 1/2 % ung. Kronen-Rente	99.25
4 1/2 % ung. St.-Eis.-Anl. i. Gold	127.75
4 1/2 % ung. „ „ i. Silber	103.50
5 1/2 % ung. Odbahn v. J. 1876	125.85
4 1/2 % ung. Grundentl.-Obligationen	98.10
Kronen-Eis.-Anl. Grundentl.-Obligat.	98.20
Ungarische Prämien-Lose	162.75
4 1/2 % ung. Theilregulirungs-Lose	151.25
4 1/2 % ung. Deferr. Papier-Rente	101.35
4 1/2 % ung. „ Silber-Rente	101.40
4 1/2 % Deferr. Gold-Rente	126.85
4 1/2 % Pfandbriefe der Hermannstädter	101.—
4 1/2 % „ „ „	101.—

# Fahr-Taxen der Fiakerwägen und sonstigen Lohn-Fuhrwerke in Hermannstadt.

(Auszug aus dem ministeriell genehmigten Fiaker-Statut der Stadt Hermannstadt.)

## I. Fiakerwägen.

### 1. Fahrten nach der Zeit:

a) In der Stadt, den Vorstädten oder innerhalb 2 Kilometer außerhalb der Stadt:	Zweispänner		Einspänner	
	Landauer.	Kalesche.	Landauer.	Kalesche.
1. In den Tagesstunden:				
Für die erste Viertelstunde . . . . .	—30	—30	—25	—25
Für jede folgende Viertelstunde . . . . .	—20	—20	—15	—15
2. In den Nachtstunden:				
Für die erste Viertelstunde . . . . .	—45	—45	—30	—30
Für jede folgende Viertelstunde . . . . .	—25	—25	—20	—20
3. Innerhalb des ganzen städtischen Gebietes:				
3. Auf einen halben Tag . . . . .	3.—	2.50	2.—	2.—
4. Auf einen ganzen Tag . . . . .	4.80	4.—	3.20	3.—

Als ganzer Tag gilt im Sommer die Zeit von 6 Uhr Früh bis 9 Uhr Abends; im Winter von 7 Uhr Früh bis 7 Uhr Abends. Als halber Tag ist eine Hälfte dieser Zeit zu rechnen.

2. Fahrten nach Bestimmungsort oder Zweck:

5. Zum Bahnhof und ohne Aufenthalt zurück oder nur bis zum Bahnhof oder vom Bahnhof in die Stadt oder Vorstadt zurück zur Zeit der Ankunft und Abfahrt der Züge, d. h. je eine halbe Stunde vor und nach dem im amtlichen Fahrplan angegebenen Zeitpunkt:

In den Tagesstunden . . . . .	—50	—50	—30	—30
In den Nachtstunden . . . . .	—80	—80	—50	—50
Wartezeit in den Tagesstunden . . . . .	—15	—15	—10	—10
Wartezeit in den Nachtstunden . . . . .	—20	—20	—15	—15

Jede Viertelstunde wird als Wartezeit gerechnet, wobei eine begonnene Viertelstunde für voll zu zählen ist.

Für das im Wagen unterzubringende Handgepäck ist nichts zu zahlen; für das im Wagen nicht zu unterbringende Gepäck sind 20 Kr. zu entrichten.

6. In's Theater, Concert oder zu ähnlichen Unterhaltungen, Einsahrt	Zweispänner		Einspänner	
	Landauer.	Kalesche.	Landauer.	Kalesche.
7. Vom Theater, Concert oder ähnlichen Unterhaltungen, Heimfahrt am Tage oder bis 11 Uhr Nachts . . . . .	—80	—80	—50	—50
8. Vom Theater, Concert oder ähnlichen Unterhaltungen, Heimfahrt nach 11 Uhr Nachts . . . . .	1.—	1.—	—70	—70
9. Auf den Ball, Einsahrt . . . . .	—60	—60	—40	—40
10. Vom Ball, Heimfahrt, Nachts, wann immer . . . . .	1.—	1.—	—70	—70

Bei den sub 6, 7, 8, 9 und 10 aufgeführten Fahrten wird jeder den Zeitraum von 10 Minuten übersteigende Aufenthalt als Wartezeit nach Tarifpost II, 5 berechnet.

11. Zu Hochzeiten und Taufen, einschließlich des Abholens der Gäste und des Aufenthaltes in der Kirche . . . . .

12. Zu Leichenbegängnissen, vom Trauerhause zum Friedhofe und zurück, einschließlich des Aufenthaltes auf dem Friedhofe . . . . .

13. Zum Wettrennen auf städtischem Gebiet, Einsahrt oder Rückfahrt . . . . .

Diese sub 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 festgesetzten Gebühren greifen nur dann Platz, wenn der Wagen im Vorhinein bestellt und der Fiaker dadurch zur betreffenden Fahrt verpflichtet wurde.

14. In den jungen Wald, bis zum Wirthshause und ohne Aufenthalt zurück . . . . .

15. An den alten Berg und ohne Aufenthalt zurück . . . . .

## II. Sonstige Lohn-Fuhrwerke.

1. Auf einen halben Tag innerhalb des städtischen Gebietes . . . . .	Zweispänner		Einspänner	
	Landauer.	Kalesche.	Landauer.	Kalesche.
2. Auf einen ganzen Tag . . . . .	3.50	3.50	2.50	2.50
3. Eine Fahrt in den jungen Wald bis zum Wirthshause und ohne Aufenthalt zurück . . . . .	—80	—80	—50	—50
4. Eine Fahrt bis zum alten Berg und ohne Aufenthalt zurück . . . . .	—80	—80	—50	—50
Für jede Viertelstunde Wartezeit . . . . .	—10	—10	—05	—05

Berechnung der Tageszeit, dann der Wartezeit wie unter I. Fiaker.

Die Taxen sind zu zahlen ohne Unterschied, ob die Abfahrt vom Standplatze oder von der Wohnung erfolgt.

Als Tageszeit werden bestimmt im Sommer die Stunden von 6 Uhr Früh bis 9 Uhr Abends, im Winter die Stunden von 7 Uhr Früh bis 7 Uhr Abends.

Als Winterzeit werden bestimmt die Monate November bis einschließlich März, als Sommerzeit dagegen die Monate April bis einschließlich October.

In jedem Wagen ist der Tarif an einem leicht sichtbaren Platze zu affixiren und es ist nicht erlaubt, eine höhere Taxe, als in diesem Tarife festgesetzt ist, oder Trinkgelber zu fordern.

Jeder Aufscher ist verpflichtet, diesen Tarif in hinlänglicher Anzahl von Exemplaren bei sich zu führen und ein Exemplar auf Verlangen des einsteigenden Gastes diesem zu überreichen.

Diese Exemplare, welche zugleich Befehrsblätter sind, folgt die Polizei dem Fuhrwerkbesitzer gegen die Erzeugungskosten aus.

**Agenten**

mit nachweisbaren guten Referenzen für neuartige Jalousien und Jacquard-Holzrouleaux bei hoher Provision gesucht von

C. Klemm, Jalousien-Fabrik in Braunau in Böhmen. — Nachweislich größtes und leistungsfähigstes Etablissement dieser Branche. Fünfmal prämiirt mit goldenen und silbernen Medaillen, so auch Weltausstellung Melbourne 1889 (Australien).

**Pränumerations-Einladung.**

Wir laden hiedurch die Interessenten des Effectenmarktes höflichst zum Abonnement des

**Moniteur Autrichien**

(Deutsche und französische Ausgabe), finanzielle Zeitschrift und reichhaltiger Verlosungsanzeiger, ein

17. Jahrgang, Abonnement ganzjährig fl. 2.—

Erscheint stets am 2. und 16. jeden Monates.

Administration des

**Moniteur Autrichien (Deutsche Ausgabe),**  
Wien, IV., Favoritenstrasse 27.

Anfragen finanzieller Natur werden auch Nichtabonnenten gerne kostenfrei und sachgemäß beantwortet und Probe-Nummern gratis versendet.

**Bank- und Wechselhaus**

**L. RIEDLING & Co.,**  
WIEN, IV. Bez., Favoritenstrasse Nr. 27,

hält sich zu nachstehenden Transactionen bestens empfohlen:

Ein- und Verkauf aller Werthpapiere, Obligationen, Prioritäten, Lose, Actien etc. zu den coulantesten Bedingungen.

**Bankgeschäften:** wie Incassi, Cheques, Tratten, Creditbriefe, Dépôts.

**Conto-Corrents.** Unsere Wechselstube nimmt Gelder auf Conto-Corrent und zahlt Zinsen nach dem Zinssatze der Oest.-Ung. Bank.

**Depôts.** Alle Werthe, welche durch unsere Vermittlung gekauft werden, können bei uns im Depot bleiben, ihre Verwaltung (Incasso der Coupons etc.) geschieht gegen Entrichtung einer massigen Gebühr.

**Börse.** Alle Börsenaufträge werden coulantest ausgeführt. Wir verlangen eine den Verhältnissen entsprechende Deckung bei Termingeschäften, ertheilen gewissenhaft Rath und Information.

**Auskünfte** werden gratis auf alle Anfragen finanzieller Natur ertheilt, die Antworten werden je nach Belieben unserer Kunden per Brief oder im Briefkasten unseres Journalen gegeben.

**L. RIEDLING & Co., Bank- und Wechselhaus,**  
Herausgeber und Eigenthümer des Moniteur Autrichien,  
Wien, IV., Favoritenstrasse 27.  
Telegraph-Adresse: Riedlingbank, Wien.

Selbst die gewaltigen Fortschritte der modernen Chemie und die daraus hervorgehenden unläuglichen cosmischen Präparate waren bisher nicht im Stande, das seit 30 Jahren bewährte Cosmectium

**Dr. Friedr. Lengiel's Birken-Balsam**

zu verdrängen, ein Beweis, daß hier ein wirkliches gutes, von der Natur selbst producirtes Hauterweichungsmittel vorliegt. Dr. Friedr. Lengiel's Birken-Balsam wurde vom medicinischen Departement des kais. russischen Ministeriums begutachtet und von Prof. Dr. med. Kaspic, Unterstaats-Procurator in Wien, sowie von Prof. Pfeilsch in London u. v. A. empfohlen. Derselbe wird nach einem seit 30 Jahren gelübten dem Verfahren präparirt, welches ihm die Eigenschaft verleiht, die obere Hautschicht allmählich abzutöten, und die auf diese Art gereinigte untere Haut in jugendlichem Glanz zu Tage treten zu lassen, jede Art Ausschlag, Sommerprossen, Flecken, Rösche und Muttermale zu beseitigen, Hautfalten und Blatternarben nach und nach vollständig zu glätten und dem Teint ein frisches und lebhaftes Colorit zu verleihen.

Preis eines Kruges samt Gebrauchsanweisung 1 fl. 50 kr.

**Dr. Friedr. Lengiel's Benzoe-Seife,**  
mildeste und zuträglichste Seife für die Haut, eigens präparirt. (1855) 15-24

Preis per Stück 60 fr.

Zu finden in allen größeren Apotheken.  
Haupt-Depôt in Budapest bei Jos. v. Török, Apotheke, Königsgasse.  
In Hermannstadt bei W. F. Morscher, Apoth.

**Aus dem Amtsblatte.**

**Vicitationen.**

Am 20. Februar bei der Oester. Finanz-Direction Offert-Verhandlung wegen Erhebung der Tabak-Großkraft in Oest. — Am 3. März (auch unter dem Schätzungswerte) Pflanzungen des Eduard Hel in Ostgaba. (Oester. Gerichtshof.) — Am 30. März (auch unter dem Schätzungswerte) Pflanzungen der gr.-or. Kirchengemeinde in Palos. (Kaiserl. Bezirksgericht.)

**Aufforderung.**

Vom Oest. Gerichtshof zur Anmeldung von Ansprüchen auf den Nachlaß der Hofina Widner in Mierken, — der Margarethe Schwarz und der Sophie Lutz in Wietzen, — des Andreas Engler und des Mathias Früh in Jaab, — der Maria Müller geb. Helz in Burgalle, — des Schüller Michael Hoch in Subal, — der Katharina Müller in Saucel-Georgen, — der Maria Steini in Petros bis 29. März.

**Rundmachung.**

Vom Hermannstädter Gerichtshof, daß Maria Sabu geb. Bacilla aus Botzja unter Curatel gestellt wurde.

Im unterzeichneten Verlage sind nachstehende Kalender für das Jahr 1895 erschienen und in allen Buchhandlungen vorrätzig:

**Siebenbürgischer Volks-Kalender**  
mit dem  
**Beamten- und Militär-Schematismus.**  
XLIV. Jahrgang.

Inhalt: Kalenderium — Kalender der Juden — Merkwürdige Epochen — Jahresrechnung für das Jahr 1895 — Die 12 Himmelszeichen — Die Mondeszeiten — Jahres-Charakter — Von den vier Jahreszeiten — Die vier Quarten — Die vier Quarten — Dauer des Festings — Landespatrone — Von den Finsternissen — Jahresregent — Landesfarben der Herr. ungarischen Monarchie — Gerichtsferien — Erläuterung einiger Zeichen — Die Sichtbarkeit der Planeten — Genealogie des regierenden Kaiser-Königshaus von Oesterreich-Ungarn — Genealogie der wichtigsten europäischen Regentenhäuser. — Jahrmärkte — Post- und Telegraphenwesen: A. Briefpost — B. Fahrpost — C. Postparcasse — D. Post-Curle — E. Telegraphen-Bestimmungen — Eisenbahnenwesen: A. Eisenbahn-Fahrordnung — Stempel- und Gebührenwesen — Dr. Friedrich Müller, Bischof der evangelischen Landeskirche A. B. in den siebenbürgischen Theilen Ungarns. — Von C. A. Vielz — Die guten Freunde. Eine Erzählung aus dem Karpathenlande. Von Julius Theiß — Die Vereinstage in Tschisch-Kegen. — Rückblick auf das Jahr 1894 — Gemeinnütziges — Miscellen und Anekdoten — Beamten- und Militär-Schematismus — Inzerate.

Illustration: Dr. Friedrich Müller, Bischof der evangelischen Landeskirche A. B. in den siebenbürgischen Theilen Ungarns.

Preis 60 kr., mit Postaufendung 65 kr.

**Wandkalender.**  
Groß-Placat in Farbendruck.  
Preis 20 kr., mit Postaufendung 22 kr.

**Neuer und alter Haus-Kalender.**

Inhalt: Jahresrechnung für das Gemeinjahr 1895 — Die 12 Himmelszeichen — Die Sonne mit den Planeten — Die Mondeszeiten — Jahresregent: Saturn — Jahres-Charakter — Von den Finsternissen — Die Sichtbarkeit der Planeten — Von den Jahreszeiten — Die vier Quarten — Die vier Quarten — Dauer des Festings — Landespatrone — Kalenderium — Kalender der Juden — Bauernregeln — Genealogie des regierenden Kaiser-Königshaus von Oesterreich-Ungarn — Genealogie der wichtigsten europäischen Regentenhäuser. — Jahrmärkte — Post- und Telegraphenwesen: A. Briefpost — B. Fahrpost — C. R. una. Postparcasse — D. Telegraphen-Bestimmungen — Eisenbahnenwesen: A. Eisenbahn-Fahrordnung — Stempel-Scala — Bischof Dr. Friedrich Müller (mit Titelbild) — Die Pfarrerstächter von Seiburg. Erzählung aus der Zeit der Eilckentriege. Von Julius Theiß — Anders besonnen. Erzählung von Traugott Hammer — Wahre Liebe von Hans Scherenberg — Das Gurhaus auf der „Hohen Rinne“ (mit Abbildung) — Rückblick auf die Zeit vom 1. October 1893 bis Ende September 1894 — Ein wissenschaftlich gesprochen — Anekdoten — Mannigfaltiges — Gemeinnütziges — Fahrordnung der täglichen Botenposten mit Personen-Beförderung — Eisenbahn-Fahrordnung — Inzerate.

Preis 20 kr., mit Postaufendung 22 kr.

**Th. Steinhausen's Nachfolger**  
(Adolf Reissenberger),  
Buchdruckerei, Zeitungs- und Kalender-Verlag.

**Sporergasse Nr. 26.**

Die erste behördlich concessionirte

**Leichenbestattungs-Anstalt**

des

**Victor Hugo Borger,**

Hermannstadt, Sporergasse Nr. 26,

übernimmt Leichenbestattungen aller Art von der einfachsten bis zur prunkvollsten, ferner Ueberführungen von Leichen, Ausführungen von Grabmonumenten etc. und empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von Holz- und Metall-schlagen, Grabkränzen, Kranzbändern, Grablaternen und aller in dies Fach schlagender Artikel zu den billigsten Preisen bei prompter Ausfühung.

**Sporergasse Nr. 26.**

Druck und Verlag von Th. Steinhausen's Nachfolger (Adolf Reissenberger).